

Offizielle

Begründet



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Fortdauer des Eisenbahner-Ausstandes.

Verhaftung von Obleuten.

Kein Verkehr auf der Wanneseebahn.

Da die Regierung sich entschlossen hat, die Streikhege gewöhnlichen Elemente mit allen Mitteln zu bekämpfen, sind gestern eine größere Anzahl revolutionärer Obleute und Agitatoren, die vor allem die Eisenbahner zum Generalstreik zu treiben suchten, durch Regierungssoldaten verhaftet worden. Die Streikbewegung selber hat infolgedessen eine Ausdehnung erfahren, als der Betrieb der Wanneseebahn vollkommen eingestellt wurde, während auf der Stadtbahn nur etwa alle Stunde ein Zug verkehrt. Auf dem Stettiner Bahnhof sind seit gestern Abend die Werkstätten-, Bahnhof- und Güterbodenarbeiter sowie die Rangierer in den Ausstand getreten, so daß der Vorortverkehr gänzlich eingestellt werden mußte. Der Fernverkehr konnte noch aufrecht erhalten werden. Der Bahnhof ist militärisch besetzt. Unhalter und Bekehrer Bahnhof haben noch vollen Verkehr, während der Potsdamer Bahnhof durch einen Teilstreik in Mitleidenschaft gezogen ist. In den Betriebswerkstätten haben die Arbeiter, zum Teil gezwungen, überall die Arbeit niedergelegt. Auch auf die nördlichen Vororte hat der Streik bereits übergriffen. Der Generalstreik ist aber weder bisher proklamiert, noch ist überhaupt von den Gewerkschaften die Streikparole ausgegeben worden. Die Fernzüge nach Breslau können erst vom Schlesischen Bahnhof abgehen und nicht mehr vom Bahnhof Charlottenburg, und werden nur bis Sommerfeld durchgeführt, wo auch bereits der Streik ausgebrochen ist.

Auch auf dem Spandauer Güterbahnhof haben sich die Arbeiter dem Streik angeschlossen. Die Güterzüge können nur teilweise abgefertigt werden. Die Beamenschaft beteiligt sich nicht am Streik. Zum Schutz des Bahnhofs ist eine Kompanie Regierungstruppen eingetroffen. Der Personenverkehr wird regelmäßig durchgeführt.

Die gestrige Sitzung mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen im Reichsarbeitsrat wurde um 1 Uhr nachts ohne Ergebnis abgebrochen. Gegen 12 Uhr erschienen in der Versammlung Vertreter einer Beamtenversammlung vom Potsdamer Bahnhof und stellten Forderungen, die binnen einer halben Stunde zu befolgen werden sollten, widrigenfalls heute der allgemeine Streik ausgerufen werden würde. Dieses unbegründete Vorhaben von Beamten, die doch vor allen anderen wissen mußten, daß die Durchführung derartiger Forderungen für die Regierung in einer halben Stunde unmöglich ist, traf sogar bei den Arbeitervertretern auf schärfsten Tadel. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung sich in den sechs Wochen seit den letzten Verhandlungen sehr lebhaft mit der herbeizuführenden Senkung der Lebensmittelpreise beschäftigt habe, und daß möglicherweise noch im Laufe dieser Verhandlungen positive Vorschläge der Regierung zu erwarten sind.

Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, soll die Regierung entschlossen sein, erhebliche Mittel aufzuwenden, um die Lebensmittel zu verbilligen. Von Seiten der Eisenbahnverwaltung wurde auch angekündigt, daß, wenn es mit den Verlusten der Eisenbahn so weiter ginge, die Allgemeinheit täglich zehn Millionen Mark Zuschüsse aufzubringen habe. Es wurde ein Beschluß gefasst, daß eine kleinere Kommission aus Vertretern der Regierung, der Bundesversammlung und der Arbeiterorganisationen heute um 12 Uhr im Abgeordnetenhaus die Beratungen fortsetzen solle.

Der Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamten hielt gestern im Lehrvereinshaus seinen ersten Bundeskongress ab. Das Reichsamt des Innern war bei der Tagung durch Geheimrat Falkenberg, das Eisenbahn-Reichsamt durch Regierungsrat Ruge und die Eisenbahn-Direktion Berlin durch Regierungsrat Pring vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die augenblickliche kritische Lage im Eisenbahnbetriebe erörtert. Der Bundeskongress sprach sein Befremden darüber aus, daß bei den Verhandlungen im Arbeitsministerium Arbeitergewerkschaften Beamtenforderungen vertreten, ohne daß die Vertreter der Beamenschaft hinzugezogen waren und forderte, daß bei den weiteren Verhandlungen der Gewerkschaftsbund gehört werde. Zu den im Haushaltsausschuß der Bundesversammlung stattfindenden entscheidenden Verhandlungen wurde eine Kommission entsandt. Sie sollen folgende Hauptforderungen der Beamenschaft vertreten: Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage von 1200 M., namhafte Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen und Bewilligung gleicher Teuerungszulagen für die pensionierten Beamten.

Gegen die Verhaftung des Vollzugsrats.

Die mehrheitssozialistischen Mitglieder des Vollzugsrates Büchel, Canow und Haase begaben sich noch gestern Abend zum Reichswehrministerium, um die Freilassung der verhafteten „Unabhängigen“ zu verlangen. Da der Minister nicht mehr anwesend war, überreichten sie folgendes Schreiben: „Am heutigen Donnerstag zwischen fünf und sechs Uhr nachmittags hat ein Kommando der Garde-Kavallerie-Schützen-Division laut Befehl des ausführenden Offiziers den Vollzugsrat ausgehoben und die anwesenden Mitglieder verhaftet. Sie erfolgte ohne Angabe von Gründen. Ein Teil der Verhafteten wurde nach der Vernehmung freigelassen und die Mitglieder der

U. S. P. in Haft behalten. Zugleich erfolgte die Durchsuchung der Büreauräume und Beschlagnahme sämtlicher Akten. Die Unterzeichneten protestieren gegen diese Verhaftung der Vollzugsratsmitglieder und verlangen sofortige Freilassung über die Gründe der Verhaftung und Durchsuchung der Vollzugsrats-Räume. Sie erblicken in dieser Aktion eine Herausforderung der Berliner Arbeiterschaft und verlangen Freilassung der Verhafteten. gez.: Franz Büchel, Sager, Canow. Der Fraktionsführer des S. P. D. Sager.

Die Frage, ob vielleicht auch ein Straßenbahnerstreik im Anschluß an die Eisenbahnerstreikbewegung zu erwarten ist, ist bisher noch ungelöst, und die Entscheidung, ob die vorläufige Ablehnung der Lohnforderungen vom Schlichtungsausschuß zum Streik führen wird, dürfte nicht vor Sonntag fallen. Heute vormittag begab sich eine Abordnung der Straßenbahner zum Oberbürgermeister Wermuth, um auch ihm, als dem neuen Dienstherrn, Kenntnis von ihren Wünschen zu geben. Wie wir erfahren, empfing Oberbürgermeister Wermuth die Abordnung, konnte ihr aber die Erfüllung ihrer Forderungen nicht zusagen.

Die gespannte Lage.

Die Lage, die gestern aufs äußerste angespannt schien, hat bis jetzt wenigstens keine Verschärfung erfahren. Die angekündigte Bewaffnung der Arbeiterschaft in Hamburg ist nicht erfolgt, und dem Einmarsch der Reichswehrtruppen ist kein Hindernis bereitet worden. Die Entscheidung über den Eisenbahnerstreik ist erst im Laufe des Tages zu erwarten. Hoffentlich gelingt es, unser Volk vor dem neuen Überfall zu bewahren, der durch das Vergehen der Verkehrsmittel auch dann eintreten würde, wenn, wie zu erwarten, die Maßnahmen der Regierung ausreichen, die lebensnotwendigen Transporte zu sichern und eine Katastrophe zu vermeiden.

Daß die Bewegung gerade jetzt akut geworden ist, hängt sicherlich irgendwie mit den sehr weitgehenden Vorbereitungen zusammen, die von der äußersten Linken für den Fall getroffen waren, daß der Frieden nicht unterzeichnet werde. Es liegt auf der Hand, daß die spartakistischen Elemente nicht so ohne weiteres bereit sind, angesichts der veränderten Lage auf den geplanten Umsturz zu verzichten. Ein Teil der unabhängigen Führerschaft versucht zu bremsen. So erklären sich auch die ständigen Stimmereien auf Reichsparteiarbeit. Auch der „Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands“, den die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heute erläßt, ist zwar sehr ausführlich und spart auch nicht mit starken Worten, gibt aber doch in einer Warnung vor Putzchen. Es heißt da:

„Nur noch die reaktionärsten Elemente spekulieren jetzt darauf, durch einen Gewaltstreich einer Minderheit die Herrschaft zu erlangen. Vor der ruhigen, zielbaren Entschlossenheit der revolutionären Arbeiterklasse haben sie es nicht gewagt, den Frieden durch Putzchen zu gefährden. Die aufgeregte Masse ist vor Spiegeln und Redipiegeln auf der Hut, die sich jetzt überall in ihre Organisationen einschleichen, und zu sinnlosen Gewalttätigkeiten ansetzen.“

Als Hauptforderung stellt der Aufruf die Neuwahl der Nationalversammlung in den Vordergrund. Denn, so wird gesagt, „sie einen Augenblick länger zusammenzuhalten, als bis sie die ihr gestellten Aufgaben erfüllt hat, die Verfassung zu schaffen und den Frieden abzuschließen, sie unter Täuschung der Wähler gesetzwidrig zu einem dauernden Parlament zu machen, wäre eine ungeheuerliche Herausforderung des deutschen Volkes.“

Auch wir halten eine solche Neuwahl für notwendig. Die Forderung gäbe aber nur dann Sinn, wenn das Spielen mit dem Diktaturgedanken aufgegeben wird, der in dem Aufruf der U. S. P. D. noch eine Rolle spielt. Wer sich, wie das die unabhängige Partei tut, das Verdienst zuschreibt, allein eine vollständige Politik getrieben zu haben, der handelt nicht konsequent, wenn er den Anschein erweckt, als habe er kein Vertrauen zum allgemeinen Stimmrecht.

Ententetruppen für Danzig und Oberschlesien.

Deutsche Meldung der „Berliner Zeitung“.

Genf, 27. Juni.

Der Rat der Vier hat beschlossen, daß Danzig bis zum Zeitpunkt, wo die Regierung des Freistaates gebildet sein wird, durch englische Truppen besetzt werden soll. Oberschlesien soll durch amerikanische Truppen bis zur Volksabstimmung besetzt werden.

Die beschuldigten Kriegsberichterstatter.

Von
Max Osborn.

Nach der politischen Seite hat der Fall Schreiermann eine vorläufige, wenn auch unbefriedigende, Erlebigung gefunden. Um so mehr nimmt nun die Begründung, auf die die französische Regierung ihre Völkerrechtsverletzung stützt, das Interesse in Anspruch: Schreiermann soll als Kriegsberichterstatter gerübert haben.

Dieser schwere Vorwurf wird nicht gegen ihn allein erhoben. Seit einiger Zeit geht durch die französische Presse ein allgemeines Gerüchte gegen die deutschen Schriftsteller, die als Berichterstatter im Felde tätig waren. Man hat bisher zu allen Angriffen geschwiegen. Es ist ja auch in Deutschland gegen uns und unsere Arbeit scharfe Kritik laut geworden — die Zeit wird kommen, wo man darüber ruhiger reden kann, als es heute noch möglich ist. Aber es kann nun doch nicht hingenommen werden, daß man in Frankreich sagt, uns in aller Öffentlichkeit als eine Gesellschaft von Dieben und Erpressern (selbstverständlich auch Feiglingen) hinzustellen.

Das geschah Klipp und Klar kürzlich im „Echo de Paris“ (21. Mai), wo Herr Henri Dommelier, ein französischer Journalist, der in Charleville wohnt und während der ganzen Zeit der deutschen Besetzung dort verblieben war, in einem langen Artikel die sinnlossten und gehässigsten Verdächtigungen gegen uns vorbrachte. Herr Dommelier erzählt dort zunächst von dem ersten Standortquartier der deutschen Kriegsberichterstatter in Frankreich, dem Sandhause des Herrn Renaudin in dem Charleviller Vorort Belair, erwähnt, wie wir, im August 1915, von der Villa Renaudin ausgingen, die für den Kaiser instand gesetzt wurde — später hat der Kronprinz darin gewohnt —, und behauptet schäntweg, wir hätten bei diesem Umzug „die schönsten Stücke des Mobiliars mitgenommen“. Wir schlügen dann unser Heim in Charleville selbst auf und richteten, da in den wenig schönen und wenig sauberen Quartieren, die man uns anwies, kein Platz war, unser Kasino in einem anderen Hause ein, das von seinem Besitzer, dem wohlhabenden Kaufmann Menager, verlassen war. Hier nun, fährt Herr Dommelier fort, hätten wir „standalöse Orgie“ gefeiert, und als die Kriegsberichterstatter Charleville verließen, hätten sie „die Wäsche und die wertvollsten Möbel, die ihnen auslagen, fortgeschleppt“. Diese Art unseres Verhaltens wird dann noch weiter ausgesponnen: „Um die Wahrheit zu sagen, sie stahlen nicht, sie kauften. Sie kauften zu Preisen, die jeder Konkurrenz spotteten. Sie wandten sich an die Portiers der Häuser, deren Besitzer abwesend waren, und zwangen sie, unter Androhung der Requisition, die gewünschten Dinge zu lächerlichen Preisen zu verkaufen. Und die terrorisierten Portiers schenken sich nach einigem Widerstreben genötigt, den Kriegsberichterstattern ihren Willen zu tun.“

Es ist dringend zu fordern, daß die französische Regierung nun auch über den Fall Schreiermann hinaus mit ihrem Material herausrückt. Diese Dinge müssen untersucht und klargestellt werden. Hier sind nicht allgemeine Vorwürfe erhoben, sondern namentlich aufgeführte Personen sind aufs schwerste beschuldigt. Was ich dazu sagen kann, ist folgendes:

Wir hatten es uns im Felde aufs peinlichste zur Pflicht gemacht, alles zu vermeiden, was auch nur zu Mißdeutungen Anlaß hätte geben können. Denn wir hatten nicht nur für uns, sondern für unsern ganzen Stand und für unsere Zeitungen einzustehen. Wir waren Zivilisten, nicht Kombattanten, und hielten streng darauf, daß man uns auch nicht solche Eigenmächtigkeiten nachsagen konnte, die sich der Soldat im Kriege etwa herausnehmen zu dürfen glaubt. Ich entsinne mich, daß wir sogar die Pflaumen, die wir von einem Baum im Garten von Menager pflückten, der im Hause gebliebenen Portierfrau bezahlten. Gekauft haben wir selbstverständlich im Laufe der Zeit in Charleville wie in allen anderen Städten des besetzten Gebiets sehr viel. Es waren ja reichlich genug Geschäfte vorhanden, deren Vorrat lange unerschöpflich schien und sich dann, da die Bevölkerung zu verkaufen begann, neu auffüllte. Ueberdies kamen Leute zu uns in die Wohnung, um Antiquitäten anzubieten, Bücher, Fayencen, Bilder, Stiche, weil man wußte, daß viele von uns künstlerische Interessen hatten. Auch Wäsche, Stoffe, Spitzen und dergleichen wurden angebracht. Viel mehr, als unserbeutel zu erwerben gestattete. Niemand von uns hat mit den Portiers der leeren Häuser Geschäfte gemacht.

Als dann im Oktober 1918 das Kriegsberichterstatterquartier in Charleville aufgelöst wurde, haben, wie ich höre — ich selbst war damals nicht mehr im Westen —, in der ganzen Stadt umfangreiche Möbelverkäufe stattgefunden. Man glaubte, die Deutschen würden die Maaslinie halten, Charleville würde damit das Schicksal Quentins teilen und zusammengehoßen werden. So begann ein lebhaftes Angebot des Hausrats durch die Bevölkerung. Auch einzelne Kriegsberichterstatter haben damals, wie ich berichtet bin, wohl Möbel gekauft; der Preis wurde von einem französischen